



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 19/2008-2013 am 07.06.2010 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Horst Ostwald
Ausschussmitglied	Folker Brocks
”	Wilhelm Dahmen
”	Henry Danielski
”	Henning Jungclaus
”	Uwe Köhlmann-Thater
”	Andreas Lemke
”	Jens Müller
”	Siegfried Ramcke
”	Christiane Schwarz
stellv. Ausschussmitglied	Rudi Hennecke (für AM Klaus Kasch)
Ausschussmitglied	Hans-Joachim Rösel -ohne Stimmrecht-
ferner	Mitglieder des Seniorenbeirates Ortsbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Herr Johannes Engelbrecht
seitens der Gemeindeverwaltung	1. stellv. Bürgermeisterin Marquis Jens Richter Christian Herzbach Volker Duda Petra Hafemeister Manja Biel Lorenz Ebeling Arnim Steffens Inna Busch als Protokollführerin
entschuldigt fehlt	Klaus Kasch

Der Ausschussvorsitzende Ostwald eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ferner weist Herr Ostwald auf die vor der Sitzung verteilten Ergänzungsvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 12 und 14 hin.

Außerdem wurde den Ausschussmitgliedern eine Ergänzung zum Thema „22. Änderung des Flächennutzungsplanes“ sowie ein Vermerk zum Abstimmungsgespräch der Fraktionen zur Entwicklung eines städtebaulichen Vertrages zum City Center Ulzburg zugesandt.

Herr Müller schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 9 gemeinsam zu beraten, da es hier jeweils um Terrassenüberdachungen geht.



Herr Ostwald begrüßt diese Vorgehensweise und weist darauf hin, dass die zum Bebauungsplan Nr. 131 „Liegnitzer Straße“ erhobenen Bedenken der Anlieger zu beachten sind.

Des Weiteren teilt Herr Ostwald mit, dass die Befreiungsanträge zu den Bauvorhaben Lindenstraße 7 c sowie Orchideenweg 5 a + b, 13 a + b und Logentwiete 34 a + b erneut zur Beratung vorliegen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der folgenden Tagesordnung zu.

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. a) Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 17/2003-2008 (Sondersitzung) am 27.04.2010**
b) Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 18/2003-2008 am 10.05.2010
- 3. Berichtswesen**
 - **Bericht Nr. 04/13/2010**
„Erteilung Einvernehmen gem. § 36 BauGB“
 - **Bericht Nr. 04/12/2010**
„Übersicht über den Sanierungsbedarf der öffentlichen Spielplätze in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für die Jahre 2010-2014“
 - **Bericht Nr. 03/08/2010**
„Verkehrsbelastung auf der Schleswig-Holstein-Straße“
- 4. Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 3. Änderung (Aufstockung)**
 - **Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
 - **Satzungsbeschluss**
- 5. Bebauungsplan Nr. 133 „Hirschberger Straße“ (Terrassenüberdachungen)**
 - **Aufstellungsbeschluss / Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**
- 6. Bebauungsplan Nr. 36 „Kammerloh“, 6. Änderung (Terrassenüberdachungen)**
 - **Aufstellungsbeschluss / Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**
- 7. Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland“, 4. Änderung (Terrassenüberdachungen)**
 - **Aufstellungsbeschluss / Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**
- 8. Bebauungsplan Nr. 112 „An der Alsterquelle“, 2. Änderung (Geschossigkeit)**
 - **Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken**
 - **Satzungsbeschluss**



9. **Bebauungsplan Nr. 131 „Liegnitzer Straße“ (Terrassenüberdachungen)**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken
 - erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
10. **Bebauungsplan Nr. 107 „Westlich Große Lohe“**
 - Erschließung
11. **Flächennutzungsplan, 22. Änderung „Sondergebiet Biogasanlagen“**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
 - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
12. **Vorgehensweise zur Beseitigung der winterbedingten Straßenschäden**
13. **Antrag auf Gehwegverbreiterung im Bereich Kiefernweg / Edisonstraße unter Berücksichtigung einer Lichtsignalanlage**
14. **Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
 - werden evtl. in der Sitzung vorgetragen -
15. **Unterrichtungen / Anfragen**
16. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Kurt Göttisch, Hohenbergen 9, spricht das Thema „Ulzburg-Center“ an. Er fragt an, ob die Stellungnahmen der Verwaltung zu den in der Einwohnerversammlung am 21.01.2010 gestellten Fragen im Internet veröffentlicht werden könnten. Es wäre grundsätzlich zu begrüßen, wenn die zu diesem Thema vorliegenden Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten.

Herr Ostwald sagt zu, dies zu ermöglichen.

Herr Göttisch geht auf eine in der Segeberger Zeitung veröffentlichte Aussage von Herrn Brocks ein. Demnach soll der Anlieferverkehr des geplanten Ulzburg-Centers nicht über die Hamburger Straße sondern über die Bahnhofstraße erfolgen. Er bittet darum, auch diesen Beschluss publik zu machen.

Herr Ostwald erklärt, dass es sich hierbei nicht um einen Beschluss sondern um einen Vorschlag aus dem Abstimmungsgespräch der Fraktionen handelt. Hierbei wurden Verbesserungsvorschläge und -wünsche aufgelistet, die nunmehr mit den Investoren abgeprochen werden müssen. Auch diese Aufstellung kann selbstverständlich ins Internet eingestellt werden.

Frau Elke Golder, Im Forst 43, äußert erneut ihr Unverständnis darüber, dass eine Lärmschutzmaßnahme für die Schleswig-Holstein-Straße nicht aber für die Ulzburger Straße vorgesehen ist.



Herr Ostwald erklärt, dass die Lärmschutzmaßnahme an der Schleswig-Holstein-Straße als Landesstraße Angelegenheit des Landes sei. Dennoch würden lediglich für die Schleswig-Holstein-Straße Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Herr Jens Iversen, Jahnstraße 34, möchte wissen, wie der Umwelt- und Planungsausschuss mit den gegensätzlichen Aussagen zur Lösung des innerörtlichen Verkehrsproblems bezüglich der Ampeltaktung nunmehr umgehen will.

Herr Ostwald teilt mit, dass der Widerspruch aufzuklären ist. Hierzu sollten ggf. die beiden Gutachter angehört und befragt werden.

Herr Duda erläutert darauf hin, dass das 1. Gutachten mit der Ampeltaktung von 78 Sekunden aus dem Jahre 2003 stammt. Das Gutachten wurde damals im Zusammenhang mit der Tieferlegung der AKN-Trasse erstellt. Gleichzeitig erfolgte eine Prognose der gemeindlichen Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2010.

Nunmehr müsste geprüft werden, ob die damals prognostizierten Verkehrszahlen mit den Zählergebnissen von 2010 übereinstimmen.

Herr Müller regt erneut eine Simulation der möglichen Verkehrsabläufe an.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

a) „Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 17/2003-2008 (Sondersitzung) am 27.04.2010“

Es ergeben sich keine Fragen. Die Niederschrift wird somit genehmigt.

b) „Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 18/2003-2008 am 10.05.2010“

TOP 4, I. Punkt, Seite 5

Herr Köhlmann-Thater merkt an, dass lt. Herrn Kremming eine Umverteilung der Kaufkraft nur in *unwesentlichem Umfang* zu erwarten sei.

Der 3. Absatz auf der Seite 5 müsste daher entsprechend geändert werden.

Weitere Fragen ergeben sich nicht. Die Niederschrift wird mit dem oben beschriebenen Zusatz genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Berichtswesen“

Die u.a. Berichte sind an alle Ausschussmitglieder versandt worden.

Berichtswesen

• Bericht Nr. 04/13/2010

„Erteilung Einvernehmen gem. § 36 BauGB“



Die Ausschusssmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis. Hierzu ergeben sich keine Fragen.

• **Bericht Nr. 04/12/2010**

„Übersicht über den Sanierungsbedarf der öffentlichen Spielplätze in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für die Jahre 2010-2014“

Herrn Köhlmann-Thater und Ostwald merken an, dass die Übersicht ab dem Jahr 2011 um den Kinderspielplatz in der Matthias-Claudius-Straße ergänzt werden muss.

• **Bericht Nr. 03/08/2010**

„Verkehrsbelastung auf der Schleswig-Holstein-Straße“

Herr Ostwald bemängelt die knappe Darstellung der an der Schleswig-Holstein-Straße durchgeführten Verkehrszählungen. Besonders auffällig sei die gegenüber der ersten Zählung.

Herr Ostwald bittet die Verwaltung darum, die Daten entsprechend zu präzisieren und diese entweder dem Protokoll beizufügen oder den Fraktionen vorzulegen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 3. Änderung (Aufstockung)“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
- Satzungsbeschluss**

Nach einer kurzen Diskussion wird über folgenden Beschluss abgestimmt:

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 3. Änderung (Aufstockung) für das Gebiet - Geschäftsgebäude Hamburger Straße 28 - im Ortsteil Ulzburg-Süd - zu fassen.

Beschlussfassung:

**7 Stimmen dafür (SPD- und CDU-Fraktion)
4 Stimmen dagegen (WHU-Fraktion)**

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 133 „Hirschberger Straße“ (Terrassenüberdachungen)“
- Aufstellungsbeschluss / Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschusssmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen.

An dieser Stelle werden die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 9 gemeinsam beraten.

Herr Köhlmann-Thater erachtet es für wichtig, die Satzungsänderung ausschließlich auf die Genehmigung von Terrassenüberdachungen zu beschränken. Die Wintergärten sind u.a. aus brandschutzrechtlichen Gründen auszuschließen.



Die textlichen Festsetzungen in dem jeweiligen Bebauungspläne bzw. Bebauungsplanänderungen sollten wortgleich gestaltet werden.

Zusätzlich schlägt Herr Müller vor, einen angemessenen Transparenzgrad für die Terrassenüberdachungen festzulegen.

Herr Duda entgegnet, dass die als seitliche Abtrennung der Grundstücke bevorzugten Sichtschutzwände gemäß der gültigen Landesbauordnung bis zu 2 m Höhe und bis zu 5 m Länge genehmigungsfrei errichtet werden können. Ein bestimmter Transparenzgrad kann daher im Bebauungsplan nicht festgelegt werden.

Herr Ostwald hält den Ausschluss der Wintergärten ebenfalls für erforderlich. Er weist darauf hin, dass die zum Bebauungsplan Nr. 131 „Liegnitzer Straße“ durch die dortigen Anlieger vorgeschlagene Festsetzung der Heckenhöhe im Nachbarrecht Schleswig-Holstein und damit privatrechtlich geregelt ist und daher nicht im Bebauungsplan festgesetzt werden kann.

Die Frage von Herrn Ostwald, ob die ungenehmigt errichtete Terrassenüberdachung in der Liegnitzer Straße nunmehr Bestandschutz genießt, wird von Herrn Duda verneint. Eine bisher nicht genehmigte Anlage wird durch den Bebauungsplan nicht automatisch rechtskonform.

Nunmehr wird über die einzelnen Bebauungspläne bzw. Bebauungsplanänderungen abgestimmt.

Beschluss:

1. **Für das Gebiet östlich der Breslauer Straße – nördlich der ehemaligen EBOE-Trasse – südlich der Hirschberger Straße – westlich der Bebauung Pommernstraße - wird der Bebauungsplan Nr. 133 „Hirschberger Straße“ (Terrassenüberdachungen) aufgestellt.**

Das Verfahren wird nach § 13 a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- **Die Aufstellung des Bebauungsplanes zur Ausweisung von Baufenstern und**
 - **die Abarbeitung der ökologischen Belange.**
2. **Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).**
 3. **Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.**
 4. **Von der frühzeitigen Unterrichtung und der Erörterung wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.**
 5. **Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird von der Durchführung einer Umweltprüfung**



nach § 2 Abs. 4 BauGB und von der Aufstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 36 „Kammerloh“, 6. Änderung (Terrassenüberdachungen)“
- Aufstellungsbeschluss / Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen. Die Beratung ist unter dem Tagesordnungspunkt 5 erfolgt.

Beschluss:

1. **Der B-Plan Nr. 36 „Kammerloh“, 6. Änderung (Terrassenüberdachung) für das Gebiet südlich der Straße Kammerloh – östlich der Lindenstraße – westlich und nördlich des Ahornweges im Ortsteil Ulzburg soll wie folgt geändert werden:**
 - Die Aufstellung des Bebauungsplanes zur Ausweisung von Baufenstern und
 - die Abarbeitung der ökologischen Belange.

Das Verfahren wird nach § 13 a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren durchgeführt.
2. **Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).**
3. **Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.**
4. **Von der frühzeitigen Unterrichtung und der Erörterung wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.**
5. **Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von der Aufstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.**
6. **Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Kammerloh“ (Terrassenüberdachung) für das Gebiet - südlich der Straße Kammerloh – östlich der Lindenstraße – westlich und nördlich des Ahornweges im Ortsteil Ulzburg -, und die Begründung werden in den vorliegenden Fas-**



sungen gebilligt.

7. Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Kammerloh“ (Terrassenüberdachung) und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland“, 4. Änderung (Terrassenüberdachungen)“
- Aufstellungsbeschluss / Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Ausschussmitglieder ebenfalls eine Beratungsunterlage zugesandt bekommen. Die Beratung hierzu erfolgte unter dem Tagesordnungspunkt 5.

Beschluss:

1. Der B-Plan Nr. 37 „Radeland“, 4. Änderung (Terrassenüberdachung) für das Gebiet Westlich der Bebauung am Kirchweg – nördlich des Birkenweges – östlich der Bebauung Moorland für die Reihenhäuser der Straße Radeland im Ortsteil Ulzburg soll wie folgt geändert werden:
 - Die Aufstellung des Bebauungsplanes zur Ausweisung von Baufenstern für Terrassenüberdachungen und
 - die Abarbeitung der ökologischen Belange.

Das Verfahren wird nach § 13 a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren durchgeführt.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.
4. Von der frühzeitigen Unterrichtung und der Erörterung wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
5. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von der Aufstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.
6. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (Terrassenüberdachung) für das Gebiet – Westlich der Bebauung am Kirchweg – nördlich des Birkenweges – östlich der Bebauung Moorland für die Reihenhäuser der Straße Radeland im Ortsteil Ulzburg -, und



die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

7. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (Terrassenüberdachung) und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 112 „An der Alsterquelle“, 2. Änderung (Geschossigkeit)“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken
- Satzungsbeschluss

Auch hierzu haben die Ausschussmitglieder eine Beratungsunterlage erhalten.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 112 „An der Alsterquelle“ (Geschossigkeit) zu fassen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 131 „Liegnitzer Straße“ (Terrassenüberdachungen)“
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken
- erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen. Die Beratung hierzu erfolgte unter dem Tagesordnungspunkt 5.

- Beschluss:**
1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 131 „Liegnitzer Straße“ (Terrassenüberdachungen) für das Gebiet - südlich der Schlesienstraße – nördlich der Hirschberger Straße – östlich der Breslauer Straße – westlich der Liegnitzer Straße - im Ortsteil Henstedt - und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
 2. Der Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung sind erneut nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.



Beschlussfassung: einstimmig

**Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„Bebauungsplan Nr. 107 „Westlich Große Lohe“
- Erschließung“**

Auch hierzu haben die Ausschussmitglieder eine Beratungsunterlage erhalten. Herr Herzbach erläutert diese kurz.

Ein potenzieller Bauträger fragt an, ob eine eigenständige Erschließung des Westteils der überplanten Fläche möglich ist. Hierzu ist eine provisorische Änderung der Erschließung mit der Herrichtung einer Kehre angedacht, die nach Abschluss des östlichen Plangebietes wieder zurückgebaut werden soll. Außerdem soll die geplante Verlegung der Schulstraße bei der Erschließung des Westteils nicht berücksichtigt werden.

Herr Duda fügt hinzu, dass seitens des anfragenden Interessenten zusätzlich eine Änderung der Baufenster gewünscht wird. Er fragt daher nach, ob eine entsprechende Änderung des Bebauungsplanes in Aussicht gestellt werden könnte.

Nach einer kurzen Diskussion hierüber besteht unter den Ausschussmitgliedern Einvernehmen, dass die überplante Fläche als Gesamtgebiet erschlossen werden muss. Über eine mögliche Änderung des Bebauungsplanes kann vorerst nicht entschieden werden. Hierzu bedarf es einer konkreten Planung.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, möglichen Bauträgern, die die Erschließung des B-Planes Nr. 107 „Westlich Große Lohe“ durchführen möchten, mitzuteilen, dass an der Erschließung des Gesamtgebietes festgehalten wird und eine Einigung der Grundstückseigentümer für die Umsetzung der Gesamtplanung erforderlich ist.

Beschlussfassung: einstimmig

**Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
„Flächennutzungsplan, 22. Änderung „Sondergebiet Biogasanlagen““
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der frühzeitigen
 Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen, die mit dem Schreiben vom 03.06.2010 ergänzt wurde.

Herr Duda erklärt, dass der eingegangene Einspruch eines Anliegers gegen die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes bei diesem Verfahren nicht hinreichend berücksichtigt werden kann, da die Flächennutzungsplanänderung ein vorbereitender Bauleitplan ist und keine unmittelbaren Baurechte schafft.

Um die Belange der Bürger gebührend zu berücksichtigen, schlägt Herr Duda vor,



einen Bebauungsplan für diesen Bereich aufzustellen.

Herr Ostwald spricht sich gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes aus. Die Verkehrssituation wird sich nach der geplanten Erweiterung der Biogasanlage zunehmend verschärfen. Dies ist für die Anlieger der Götzberger Straße nicht zumutbar.

Herr Müller begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, für den betroffenen Bereich einen Bebauungsplan aufzustellen. Hier könnten u.a. Anlieferzeiten festgelegt werden.

Herr Köhlmann-Thater stimmt dieser Auffassung zu.

Im Laufe der Diskussion beantragt Herr Brocks, den Beschluss zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes vorerst zurückzusetzen. Die Verwaltung wird gebeten, die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den betroffenen Bereich vorzubereiten.

Dem Antrag von Herrn Brocks wird seitens der Ausschussmitglieder einvernehmlich zugestimmt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

„Vorgehensweise zur Beseitigung der winterbedingten Straßenschäden“

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Ausschussmitglieder eine Beratungsunterlage sowie eine ergänzende Tischvorlage vom 07.06.2010 erhalten.

Herr Herzbach informiert, dass nach Mitteilung des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein aufgrund der Vielzahl von Anträgen dem Antrag der Gemeinde auf Fördermittel nicht in der gestellten Höhe entsprochen werden kann. Durch die geminderte Förderung kann nur etwa die Hälfte aller winterbedingten Schäden innerhalb der Gemeindegrenzen abgedeckt werden.

Herr Ebeling erklärt, dass inzwischen mit der Asphaltdeckensanierung der am stärksten beschädigten Straßenbereiche begonnen wurde.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

„Antrag auf Gehwegverbreiterung im Bereich Kiefernweg / Edisonstraße unter Berücksichtigung einer Lichtsignalanlage“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen.

Herr Herzbach erklärt, dass die vorgeschlagenen Lösungsvarianten auf Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden müssen. Hierzu wird Kontakt mit den Grundstückseigentümern aufgenommen, aus deren Eigentum Flächen für die Reaktivierung des Ausbaus benötigt werden.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einvernehmen, dass Kosten für die jeweiligen Lösungen zu ermitteln sind und die zuständige Abteilung der Kreisverwaltung kontaktiert werden muss.



Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“

- werden ggf. in der Sitzung vorgestellt

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen. Vor der Sitzung ist zusätzlich eine Tischvorlage verteilt worden.

a) Befreiung - B-Plan Nr. 98 „Schule Rhen – Schäferkampsweg“

Auf dem Grundstück Schäferkampsweg 16 soll ein Einfamilienhaus mit den Festsetzungen abweichender Dachneigung errichtet werden. Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes werden hierbei eingehalten.

Nach einer kurzen Diskussion hierüber wird das gemeindliche Einvernehmen zum Befreiungsantrag erteilt.

b) Befreiung - B-Planes Nr. 115 „Südlich Schulstraße – westlich Wismarer Straße“

Zwecks einer optimalen Flächenausnutzung soll das geplante Einfamilienhaus auf dem Grundstück Wismarer Straße 3 a frontal zur Straße aufgestellt werden. Hierzu wird eine geringfügige Überschreitung des Baufensters beantragt.

Da hierbei ein genügender Abstand zum Knickschutzstreifen bleibt und die nachbarschaftlichen Belange nicht berührt werden, stimmt der Ausschuss einer diesbezüglichen Befreiung zu.

c) Anfrage – B-Plan Nr. 115 „Südlich Schulstraße – westlich Wismarer Straße“

Der Verwaltung liegt eine Anfrage auf Teilung der Grundstücke Wismarer Straße 9 und 13 vor. Zur besseren Vermarktung sollen aus der Gesamtfläche der beiden großen Grundstücke insgesamt drei Kleinere entstehen.

Auf die Frage von Herrn Ramcke erklärt Herr Duda, dass hier ausschließlich Einfamilienhäuser zulässig sind.

Angesichts der möglichen Einschränkung der Gesamtstruktur kommt der Ausschuss überein, zunächst eine Ortsbesichtigung vorzunehmen und in der kommenden Sitzung erneut hierüber zu beraten.

d) Befreiungen – B-Plan Nr. 112 „An der Alsterquelle“, 2. Änderung

Zur optimalen Bebauung des Grundstücks Alsterweg 11 soll das Baufenster verschoben werden. Zusätzlich wird eine abweichende Dachneigung von 3° beantragt.

Die Ausschussmitglieder stimmen den beantragten Befreiungen zu. Das gemeindliche Einvernehmen wird somit erteilt.

e) Befreiungen – B-Plan Nr. 87 „Südlich am Lindenhof“

Für das auf dem Gelände Lindenstraße 7, 7 a + b geplante Bauvorhaben wurden diverse Abweichungen / Befreiungen von den Festsetzungen des gültigen Bebauungsplanes beantragt.



U. a. ist zur gewünschten Erweiterung des Baufensters eine Befreiung von der festgesetzten „Entwicklungsfläche für den Artenschutz“ erforderlich.

Der Umwelt- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 01.03.2010 beschlossen, hierzu im Vorwege eine Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Segeberg einzuholen und dann die Beratung fortzusetzen. Diese Stellungnahme konnte bisher jedoch nicht eingeholt werden.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Ostwald vor, über die Befreiungsanträge nunmehr abzustimmen. Das Einvernehmen könnte unter der Voraussetzung erteilt werden, dass seitens der Unteren Naturschutzbehörde keine Bedenken hiergegen bestehen.

Frau Schwarz kann dieser Vorgehensweise nicht zustimmen. Sie meldet Beratungsbedarf an und beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Nach einer kurzen Sitzungspause wird

den Befreiungsanträgen unter der Voraussetzung, dass seitens der Unteren Naturschutzbehörde keine Bedenken gegen diese bestehen,

bei 2 Stimmen dagegen (Mitglieder der WHU-Fraktion)
mit 9 Stimmen

zugestimmt.

Ortsbegehung im Orchideenweg

Herr Duda berichtet von der kürzlich durchgeführten Ortsbegehung im Neubaugebiet „Orchideenweg“. Hierbei wurden zahlreiche Verstöße gegen die gültigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 38 festgestellt.

Die festgestellten Ordnungswidrigkeiten werden nunmehr an die zuständige Untere Bauaufsichtsbehörde weitergeleitet.

Auf Anfrage von Herrn Köhlmann-Thater wird die entsprechende Übersicht der festgestellten Ordnungswidrigkeiten dem Protokoll (Anlage 1) beigelegt.

f) Befreiungen – B-Plan Nr. 38 “Trotz“

In der Sitzung am 10.05.2010 hatte der Umwelt- und Planungsausschuss über die Befreiungsanträge für die Grundstücke Orchideenweg 5 a + b, 13 a + b sowie Logentwiete 34 a + b zuletzt beraten und diese mehrstimmig abgelehnt.

Mit Zustimmung des Ausschusses wird dem zuständigen während der Sitzung anwesenden Bauleiter, Herrn Saggau, das Wort erteilt.

Herr Saggau erklärt, dass für die Grundstücke Orchideenweg 5 a + b sowie Logentwiete 34 a + b eine schriftliche Zustimmung der unmittelbaren Nachbarn erzielt werden konnte. Für das Grundstück Orchideenweg 13 a + b hat der Nachbar seine Zustimmung verweigert. Herr Saggau beschreibt die hierfür ausgearbeitete Lösung und legt den Ausschussmitgliedern entsprechende Planunterlagen vor.



Nach Einsicht der Zeichnungen zu dem alternativen Lösungsvorschlag sprechen sich die Ausschussmitglieder für die beantragten Befreiungen aus. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

Auf schriftliche Anfragen der WHU-Fraktion informiert Herr Herzbach über folgende Themen:

a) Öffentliche Toilette AKN-Station Ulzburg-Süd

Die Anfrage, ob eine öffentliche Toilette an der AKN-Station Ulzburg-Süd bezuschusst werden könnte, wurde von der zuständigen Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft (LVS) geprüft. Um die Förderfähigkeit festzustellen, müssen weitere Angaben bzw. Daten zu der aktuellen Situation des Bereichs an die Behörde geliefert werden.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die angeforderten Daten zu liefern sind und eine abschließende Prüfung der Förderfähigkeit zu erzielen ist.

b) Erweiterung P + R – Plätze Bahnhof Meeschensee

Die Stadt Norderstedt hat mitgeteilt, dass ihrerseits kein Interesse an der Erweiterung der P + R – Plätze am Bahnhof Meeschensee besteht.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, dass die Stadt Quickborn bezüglich der Beteiligung an den Gesamtkosten der Ausbaumaßnahme kontaktiert werden soll.

c) Bushaltestelle Kranichstraße

Die Kosten für die Errichtung eines Warthenhäuschens an der Bushaltestelle Kranichstraße werden voraussichtlich ca. 10.000 € betragen. Die Herstellung wird erst dann möglich, wenn die Fläche von dem Erschließungsträger an die Gemeinde übergeben wird.

Es entsteht eine Diskussion über die Notwendigkeit der Bushaltestelle.

Frau Schwarz sowie der anwesende Gemeindevertreter Sievers sind der Auffassung, dass die Bushaltestelle absolut überflüssig ist. Diese ist auch nicht im Rahmen des Straßenausbaus geplant gewesen.

Auf Vorschlag von Herrn Ostwald soll über die Angelegenheit demnächst abschließend beraten werden.

d) Schulwegsicherung im Bereich Dammstücken

Nach Informationen des Kinderschutzbundes wurden hier Verkehrszählungen durchgeführt. Die Ergebnisse liegen der Verwaltung jedoch noch nicht vor.

e) Radwegebeschilderung



Die Radwegebeschilderung wird derzeit entsprechend der im Umwelt- und Planungsausschuss vorgestellten Plänen umgesetzt.

f) Straßenbeleuchtung Norderstedter Straße

Die schriftliche Zustimmung des Kreises Segeberg als Straßenbaulastträger liegt bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vor. Der zuständige Sachbearbeiter hat der Maßnahme mündlich jedoch zugestimmt.

Frau Schwarz weist darauf hin, dass mit der Umsetzung der Maßnahme nicht vor Abschluss einer entsprechenden Nutzungsvereinbarung begonnen werden darf.

Die Verwaltung wird gebeten, eine Nutzungsvereinbarung bzw. einen Zwischenbescheid zu erzielen.

g) Kreuzung Kirchweg / Gutenbergstraße

Das Sichtdreieck an dem Grundstück Kirchweg 119 muss nunmehr von den am dortigen Zaun angebrachten Werbeschildern befreit werden. Inzwischen wurden einige Schilder bereits entfernt. Die geforderte Kürzung des Zaunes auf 0,70 m konnte bisher noch nicht durchgesetzt werden.

h) Garage Bahnhofstraße

Die unzulässige Garage auf dem Grundstück Bahnhofstraße 55 soll abgerissen werden. Der Bauherr hat gegen die Abrissverfügung der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Kreises Segeberg eine Klage erhoben, so dass die Angelegenheit derzeit durch das zuständige Gericht geprüft wird.

i) Tümpel Abschiedskoppel

Herr Steffens nimmt Stellung zu den in der Anfrage gestellten Fragen:

Der Tümpel an der Abschiedskoppel liegt in unmittelbarer Nähe zu einem Entwässerungsgraben. Der Graben dient der Regenwasserableitung der umliegenden Straßen. Da der Grabenbereich nach dem lang anhaltenden Winter mit Pflanzenresten und Schlamm verstopft war, war die Wasserableitung nicht mehr gewährleistet. Das Grabensystem wurde inzwischen freigelegt.

Während der ausgeführten Arbeiten waren hier weder Laichschnüre noch –klumpen erkennbar.

Die Ausschussmitglieder stellen folgende Anfragen:

a) Öffnung der Logentwiete

Herr Müller erkundigt sich, ob die Logentwiete nach Fertigstellung des Baugebiets geöffnet werden soll.

Herr Duda verneint dieses. Die Logentwiete wird als Schulweg benutzt. Zur Sicherheit der Schüler soll die Straße auch nach der Fertigstellung des Baugebietes geschlossen bleiben.

b) Parkplatzsituation an der Olzeborchschule



Herr Müller weist auf die bereits heute problematische Parkplatzsituation an der neuen Olzeborchschule in der Beckersbergstraße hin. Durch die geplante Umgestaltung der Schule zur Gemeinschaftsschule ist mit der Bedarfszunahme an Parkplätzen zu rechnen.

Herr Herzbach erklärt, dass die Problematik bekannt sei. Es soll geprüft werden, ob die dortigen Grünbereiche zu Parkplätzen umgestaltet werden könnten. Durch die zusätzlichen Parkplätze wird die An- und Abfahrtsituation jedoch nicht gelöst.

c) Graffitischäden an der Schützenanlage

Herr Müller teilt weiter mit, dass die Schützenanlage durch Graffitisprayer beschädigt wurde. Der Schützenverein fragt nach, ob die Abgrenzung des Bereichs durch einen Zaun möglich wäre.

Herr Herzbach sichert eine diesbezügliche Überprüfung seitens der Verwaltung zu.

d) Bepflanzung des Lärmschutzwalls

Herr Müller erinnert sich, dass seitens der Gemeinde keine Mittel für die Bepflanzung des Lärmschutzwalls im Bereich - östlich der L 326, zwischen Kiefernweg und der Wilstedter Straße - zur Verfügung standen. Er fragt nach, weshalb nunmehr die Bepflanzung des Walls erfolgt ist.

Frau Hafemeister erklärt hierzu, dass für die betroffene Fläche Pflanzen verwendet worden sind, welche aus Forstmaßnahmen der Fläche zwischen Rhinkatenweg und der Wilstedter Straße übrig geblieben waren.

e) Unterstände für Jugendliche

Herr Ramcke fragt an, wann es mit der Errichtung der geplanten Unterstände losgehen soll.

1. stellv. Bürgermeisterin Marquis teilt mit, dass insgesamt in drei Bereichen Unterstände für Jugendliche errichtet werden sollen.

Mit der Errichtung des Unterstandes an der Skateranlage im Bürgerpark soll in der laufenden Woche begonnen werden.

Im Bereich Birkenau soll ebenfalls ein Unterstand im Sommer 2010 realisiert werden.

Des Weiteren wurde beschlossen, den Standort Im Forst zusätzlich zu realisieren.

f) Norderstedt Straße / Ortseinfahrt Henstedt

Herr Ramcke fragt nach dem Sachstand zu der in diesem Bereich vorgesehenen Verkehrsberuhigungsmaßnahme.

Herr Herzbach informiert, dass nunmehr eine Einigung mit dem Eigentümer der hierfür erforderlichen Flächen erzielt werden konnte. Der Grunderwerb kann in Kürze umgesetzt werden. Für die Umsetzung der Baumaßnahme sind im derzeitigen Haushalt keine Mittel bereitgestellt.

Frau Biel informiert über folgende Themen:



g) Bürgersolaranlage

Die Gründung der Genossenschaft ist für den 19.06.2010 geplant. Im ersten Bauabschnitt sollen insgesamt fünf Objekte an das Netz angeschlossen werden. Die Inbetriebnahme des 1. Objektes „Kita Kranichstraße“ soll zum 23.06.2010 erfolgen.

Nach einer konservativen Berechnung sind bisher Interessenbekundungen für ca. 760 Anteile eingegangen. Die Anfragen kamen zu 60 % aus der Gemeinde und zu 40 % aus den umliegenden Kommunen.

h) Informationsbroschüre „Klimaschonendes Bauen und Sanieren“

Die kostenfreie Erstellung der Informationsbroschüre ist nunmehr unsicher, da der hiermit beauftragte VERLAG AN DER OSTSEE e. K. demnächst Insolvenz anmelden wird. Der Verlag teilt nunmehr mit, dass zum schnellstmöglichen Abschluss der Broschüreneerstellung ein Betrag von insgesamt 4.000,00 € fehlt. Der Verlag fragt an, ob der fehlende Betrag seitens der Gemeinde aufgebracht werden könnte.

Frau Biel gibt den vom Verlag vorgelegten Entwurf zur Ansicht herum.

Herr Ostwald betont die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion. Für die Gemeinde kam lediglich eine kostenfreie Erstellung der Broschüre in Frage. Erst in der März-Sitzung hat sich der Ausschuss darauf geeinigt, dass die der Lokalen Agenda zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1.000,- EUR für einen zusätzlichen Einleger verwendet werden sollen.

Herr Ostwald stellt den Antrag, keinen Zuschuss für die Erstellung der Informationsbroschüre „Klimaschonendes Bauen und Sanieren“ zu gewähren. Auch die Zustimmung des Ausschusses zur Verwendung des Betrages von 1.000 € soll zurückgezogen werden.

Dem Antrag von Herrn Ostwald

wird bei 1 Enthaltung (Mitglied der CDU-Fraktion)
mit 10 Stimmen

zugestimmt.

Herr Herzbach berichtet weiter:

i) Wanderung zum Tag der Umwelt

Der Ortsbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege, Herr Johannes Engelbrecht, bezeichnet die am 06.06.2010 stattgefundenene Wanderung zum Tag der Umwelt als eine gelungene Aktion und beschreibt kurz den Ablauf.

j) Aktion Saubere Landschaft 2010

An der diesjährigen Aktion Saubere Landschaft 2010, am 27.05.2010, haben insgesamt ca. 160 Personen und damit deutlich mehr als in den Vorjahren teilgenommen. Die gesammelte Müllmenge lag ebenfalls deutlich über der vergangener Jahre.



e) Fachraumtrakt Olzeborchschule

Inzwischen ist die Ausschreibung zur Errichtung eines Fachraumtraktes an die Olzeborchschule über das Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) erfolgt. Zwecks Auftragsvergabe ist eine Sondersitzung des Ausschusses im Sommer 2010 erforderlich.

f) Energiebeauftragter

Herr Husfeld wurde zum 01.05.2010 als Energiebeauftragter bei der Gemeinde eingestellt.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Kurt Göttisch, Hohenbergen 9, weist auf die Verkehrssituation in der Beckersbergstraße hin. Durch die an den Straßenseiten parkenden Fahrzeuge ist eine problemlose Durchfahrt insbesondere für Busse oftmals unmöglich. Eventuell könnte hier ein Halteverbot eingerichtet werden.

Herr Brocks fügt hinzu, dass dieselbe Problematik sich in der Maurepasstraße beobachten lässt.

Herr Herzbach sagt zu, die zuständige Verkehrsbehörde hierüber zu informieren.

Herr Jens Iversen, Jahnstraße 34, erkundigt sich, ob die Schadensersatzansprüche gegenüber dem unzuverlässigen Streusalzlieferanten durchgesetzt werden konnten.

Herr Steffens teilt mit, dass der Lieferant auf die gemeindlichen Schreiben keinerlei Reaktionen gezeigt hatte. Letztendlich wurden seine Rechnungen für die äußerst verspäteten Lieferungen von Streusalz seitens der Gemeinde nicht beglichen. Der Streusalzankauf für den kommenden Winter wird über eine Ausschreibung erfolgen. Hierbei wird der Ausschluss der betroffenen Firma empfohlen.

Herr Dirk Jacob, Liegnitzer Straße 32, möchte wissen, welche Konsequenzen der heute gefasste Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 131 „Liegnitzer Straße“ (Terrassenüberdachungen) für die vorhandene Terrassenüberdachung mit sich bringen wird.

Herr Duda erklärt, dass ungenehmigten Anlagen keinen Bestandschutz genießen. Nunmehr wird geprüft, ob diese den festgelegten Maßen entsprechen.

Herr Frank Horn, Hogenmoor 5, weist den Ausschuss auf die Gefahr des Knotenpunktes im Einmündungsbereich in den Kiefernweg hin.

Herr Ostwald teilt mir, dass die Lösungsvarianten nunmehr geprüft werden müssen.

Herr Matthias Brockmann, Orchideenweg 7, fragt an, ob eine Befreiung von der im Bebauungsplan Nr. 38 „Trotz“ festgesetzter Hecke auch für die Südanlieger möglich wäre.



Herr Duda erklärt, dass Befreiungsanträge an die Gemeindeverwaltung zu richten sind. Diese werden dann dem Umwelt- und Planungsausschuss zur Beratung vorgelegt.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Herr Ostwald schließt die Sitzung.

gez. Horst Ostwald
(Ausschussvorsitzender)

gez. Inna Busch
(Protokollführerin)

Gesehen: In Vertretung

gez. Annette Marquis
(1. stellv. Bürgermeisterin)